

Der Datenschutz zum Beispiel muss sichergestellt werden. Das haben wir hier auch ausgiebig diskutiert.

Bei den digitalen Endgeräten – das haben wir ja bei einer Befragung des Lehrerverbandes Bildung und Erziehung gehört – schneiden wir im Land noch schlecht ab. Nur an jeder zehnten Schule verfügen alle Lehrkräfte über einen Dienst-PC. Bundesweit ist das an jeder fünften Schule der Fall.

Viel schlimmer noch ist aber, dass an jeder zweiten Schule in Nordrhein-Westfalen gar kein Pädagoge Zugang zu einem dienstlichen Computer hat. Das gehört bedauerlicherweise zur Wahrheit dazu.

Das Verfahren „Bring your own device“ kann zwar unterstützen, aber wir alle in diesem Hohen Haus wissen, dass das nicht die Lösung sein kann.

Meine Fraktion hat bereits vor einem Jahr einen Antrag eingebracht, dass die Landesregierung kurzfristig ein Konzept zur digitalen Ausstattung von Lehrerinnen und Lehrern vorlegen muss. Die Kollegen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben das in diesem Jahr ebenfalls mit einem Antrag unterstützt.

Hochproblematisch ist die Frage nach dem IT-Support für die Schulen. Wenn ich höre, dass in manchen Schulen PCs unbenutzt im Keller stehen, weil vor Ort niemand da ist, der sie adäquat bedienen oder warten kann, müssen wir uns alle fragen, was eigentlich schief läuft.

Viele können auch mit dem Begriff des First-Level-Supports oder Second-Level-Supports nichts anfangen. Das Land ist der Arbeitgeber unserer Lehrerinnen und Lehrer, und wir muten ihnen mit dem First-Level-Support doch eine Menge zu.

Der Second-Level-Support erfolgt durch IT-Spezialisten der kommunalen Schulträger, und Sie glauben doch wohl alle nicht, dass das in den Kommunen alles reibungslos funktioniert, denn wir haben in Nordrhein-Westfalen in dieser Hinsicht einen Flickenteppich.

Das ist in jeder Kommune ausgesprochen unterschiedlich. Die Kommunen, die über gute Finanzen verfügen, machen es besser als andere. Es darf und kann nicht in unser aller Sinne sein, dass die digitale Bildung unserer Kinder davon abhängt, in welcher Stadt sie leben. Ich hoffe, dass das die Zustimmung aller trifft.

Zum Schluss zur Lehrerfort- und -ausbildung. Neben den materiellen Ressourcen brauchen wir personelle Ressourcen nicht nur für den Support, sondern auch mit Blick auf die Lehrer. Es ist erschreckend und alarmierend, dass mehrere Tausend Lehrerinnen und Lehrer für den Informatikunterricht in unserem Land fehlen.

Wir verzeichnen darüber hinaus auch einen eklatanten Lehrermangel, und das wissen wir auch. Die Tausende Lehrerinnen und Lehrer werden morgen auch nicht unterrichten können. Nachqualifikationsprogramme, wie sie in Bayern oder Sachsen umgesetzt sind, könnten auch bei uns in Nordrhein-Westfalen die Not lindern.

Ich komme zum Schluss: Wir alle sollten solche Themen regelmäßig auf unsere Agenda im Plenum setzen, denn die digitale Bildung muss neu gedacht werden. Sie wird ja in der Enquetekommission neu gedacht, aber wir sollten uns auch darüber hinaus regelmäßig mit diesen Themen auseinandersetzen, um unserem Nachwuchs einen störungsfreien Weg in die Zukunft zu bereiten. – Ich bedanke mich ganz herzlich.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Spanier-Oppermann. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, über den Antrag direkt abzustimmen. Also stimmen wir unmittelbar ab. Wer stimmt für diesen Antrag? – Die SPD sowie Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und AfD sowie Herr Neppe, fraktionslos, stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/7882** mit der Mehrheit des Hohen Hauses **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

7 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200
Drucksache 17/7800 (Ergänzung)

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8000
Drucksache 17/8001
Drucksache 17/8002
Drucksache 17/8003
Drucksache 17/8004
Drucksache 17/8005
Drucksache 17/8006
Drucksache 17/8007
Drucksache 17/8008
Drucksache 17/8009
Drucksache 17/8010
Drucksache 17/8011
Drucksache 17/8012

Drucksache 17/8013
Drucksache 17/8014
Drucksache 17/8016
Drucksache 17/8020 – Neudruck

zweite Lesung

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7978

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7979

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7980

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7981

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7982

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7983

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7984

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7985

Und:

Finanzplanung 2019 bis 2023 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 17/7201

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8019

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2020)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7203

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8018

zweite Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemein- den und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2020 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2020 – GFG 2020) und zur Änderung des Stärkungs- paktgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7202
Drucksache 17/7800 (Ergänzung)

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8017

zweite Lesung

In Verbindung mit:

Unabhängige Beratung von Langzeitarbeitslo- sen ist ein bundesweites Vorbild – Arbeitslo- senzentren (ALZ) und Erwerbslosenbera- tungsstellen (EBS) über 2020 hinaus erhalten!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/7903

(Zahlreiche Abgeordnete verlassen den Saal.)

– Jetzt geht es ums Geld, und alle gehen.

Ich rufe nun auf:

Einzelplan 04 Ministerium der Justiz

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8004

Änderungsanträge
der AfD-Fraktion
Drucksache 17/7983
Drucksache 17/7984

Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD-Fraktion hat
Frau Kollegin Bongers das Wort.

Sonja Bongers (SPD): Sehr geehrter Herr Präsi-
dent! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Beim Ein-
zelplan 04 wird eines klar: Der Glanz des Neuen ist
schnell verblasst.

(Beifall von Marc Herter [SPD])

Wo stehen wir? Wo steht die Justiz nach zweieinhalb
Jahren Schwarz-Gelb? – Wir haben einen Haushalt
ohne politischen Gestaltungswillen.

(Beifall von der SPD)

Ich will noch einmal daran erinnern, dass wir Ihren ersten richtigen Haushalt 2018 nicht abgelehnt haben. Wir haben Ihnen eine echte und faire Chance gegeben.

Wir haben aber auch schon damals gesagt, dass wir genau beobachten werden, wie sich die Situation um die vielen neuen Stellen entwickeln wird, ob diese verstetigt und vor allem auch besetzt werden.

Leider haben Sie diese Möglichkeiten nicht genutzt. Seit dem Nachtragshaushalt 2017 bis zum Haushalt 2019 haben Sie insgesamt 1.683 neue Stellen geschaffen; das ist gut. Zugleich gibt es 2.029 unbesetzte Stellen in der Justiz; das ist schlecht.

(Beifall von Stefan Zimkeit [SPD])

Damit ist rechnerisch noch nicht eine der neuen Stellen besetzt. Das haben die Menschen in der Justiz nun wirklich nicht verdient.

Über unbesetzte Stellen freut sich neben Ihnen, Herr Minister, nur noch der Finanzminister. Für ihn sind Sie ein guter Verhandlungspartner; kann er sich doch sicher sein, dass Stellen, die er Ihnen bewilligt, von Ihnen sowieso nicht oder nur sehr schlecht besetzt werden.

Der Richterbund hat in einer Stellungnahme sehr deutlich gemacht, dass diese Probleme struktureller Natur sind. Derzeit – Stand: 30. Juni 2019 – fehlen 460 Stellen in der ordentlichen Gerichtsbarkeit.

Um es klar zu sagen: Wir sind für neue Stellen in der Justiz, die auch wirklich zu Verbesserungen und Entlastungen führen. Herr Minister, bemühen Sie sich; Sie schaffen das. Wir sind da gar nicht so weit auseinander, aber tun Sie etwas; die Justiz wartet darauf.

Es gibt außerdem rund 1.480 befristete Stellen in der Justiz, davon sogar rund 1.200 ohne Sachgrund. So gerät die Justiz durch Sie in eine Schiefelage.

Aus dem Justizmodernisierungsprogramm, das von Ihrem Amtsvorgänger auf den Weg gebracht wurde und durchfinanziert war, und dem Programm, für das sich Minister Biesenbach zu Beginn seiner Amtszeit in den Medien hat loben lassen, ist bislang nicht wirklich etwas umgesetzt worden. Drangvolle Enge in den Justizvollzugsanstalten ist die Folge.

Darüber hinaus beklagen die freien Träger zu Recht den Umgang dieses Ministeriums mit der Bewilligung und Finanzierung der Projekte im Bereich der freien Straffälligenhilfe. Die ersten Träger haben schon aufgegeben. Dafür tragen Sie eine große Mitverantwortung.

Sie lassen die Justiz auch allein, wenn es um strukturelle besoldungsrechtliche Verbesserungen geht. Die einzige in dieser Wahlperiode kam nach einem Gesetzentwurf der SPD zustande, dem Sie als Koalition beigetreten sind. Ich erinnere an die Strukturzu- lage für die Anwälte.

(Beifall von Christina Kampmann [SPD])

Unsere Anträge für strukturelle besoldungsrechtliche Verbesserungen in der Justiz haben die Koalitionsfraktionen im HFA im Rahmen der Beratungen zum Haushalt abgelehnt. Richten Sie sich schon mal darauf ein, dass wir in dieser Frage nicht lockerlassen werden.

(Beifall von der SPD – Sven Wolf [SPD]: Genau!)

Ich fasse zusammen: Schwarz-Gelb ist gegen eine Verbesserung der Besoldung für Gerichtsvollzieher, gegen ein neues Eingangsamts für Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1.2 bei Gerichten und Staatsanwaltschaften, gegen die Heraushebung der Leiterinnen und Leiter großer Wachtmeistereien und gegen ein neues Amt für Amtsanwältinnen und Anwälte.

Sie sind dagegen, wir sind dafür; das ist der große Unterschied. Wir sind dafür, weil es diese Menschen in der Justiz wert sind, Anerkennung für diese wichtige, verantwortungsvolle und schwere Aufgabe zu erhalten. Dafür stehen wir als Sozialdemokraten.

(Beifall von der SPD)

Herr Minister, der Glanz des Neuen ist nicht nur verblasst; vielmehr sind Sie eine Belastung für die Justiz geworden. Ein Haushalt ohne politischen Gestaltungswillen und ein Minister, der leider mehr Probleme macht, als er löst – wir werden den Haushalt ablehnen.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Bongers. – Jetzt spricht Frau Erwin für die CDU-Fraktion.

Angela Erwin (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Grundlage für die konsequente Durchsetzung von Recht und Gesetz ist eine gute Personalplanung im Justizwesen.

Dringend notwendige Personalverstärkungen, die sich mittlerweile in sämtlichen Bereichen der Justiz wie ein roter oder, besser gesagt, wie ein schwarz-gelber Faden durch die verabschiedeten Haushalte der NRW-Koalition ziehen, sind eine Voraussetzung für den funktionierenden Rechtsstaat.

(Zuruf von Stefan Engstfeld [GRÜNE])

So verhält es sich auch im Etatentwurf für das Jahr 2020. Nur beispielhaft nenne ich die wieder einmal 10 neuen Planstellen für Staatsanwälte.

Nicht zuletzt reagieren wir auch auf eine steigende Aufgabenbelastung. Um etwa der hohen Anzahl an Asylverfahren Rechnung zu tragen, verlängern wir

bestehende kw-Vermerke an den Verwaltungsgerichten bis 2025.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu Beginn dieser Legislaturperiode habe ich den Justizminister Peter Biesenbach, damals noch frisch im Amt, zu einer Veranstaltung der CDU Düsseldorf eingeladen.

Herr Minister, dort haben Sie über die politischen Gestaltungsmöglichkeiten eines Justizministers referiert. Sie wollten sich nicht, so sagten Sie damals sinngemäß, auf die bloße Verwaltung des Justizapparates beschränken.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Vielmehr war und ist es Ihr politischer Anspruch und auch der Anspruch der gesamten NRW-Koalition, eigene Akzente zu setzen, eine gestalterische Rechtspolitik zu etablieren und vor allem, den Rechtsstaat hinsichtlich Zukunftsfragen zu rüsten.

So entspricht in der Tat jede Faser dieses Justizetats diesem Willen zur Zukunftsgestaltung. Ich erläutere das anhand einiger Beispiele:

Erstens. Wir investieren in die Stärkung der Ausbildung für die Justiz, denn nur so können wir die Justiz als attraktiven Arbeitgeber konkurrenzfähig machen und geeigneten Nachwuchs gewinnen.

Zweitens. Eine wichtige Rolle für die zukünftige Leistungsfähigkeit des Rechtsstaates spielt natürlich auch die Digitalisierung, in die wir erneut große Summen investieren. Nennenswert sind aus meiner Sicht vor allem zwei Projekte:

Gemeinsam mit Partnern aus der privaten Wirtschaft wollen wir eine Anwendung erproben, die durch künstliche Intelligenz frühzeitig suizidgefährdete Strafgefangene erkennen kann. Dieses Projekt ist ein Meilenstein innovativer Rechtspolitik, denn immerhin sprechen wir über Menschenleben.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Unter dem Eindruck der erschreckenden Kindesmissbrauchsfälle von Lügde und Bergisch Gladbach setzen wir große Hoffnung in ein KI-Modul, das den Strafverfolgungsbehörden die Auswertung digitaler Daten erleichtern soll.

Die Ermittler müssen Unmengen an kinderpornografischen Materialien auswerten; das wissen wir alle. Das bringt nicht nur die Personalkapazitäten an ihre Grenzen, sondern ist auch für die Menschen, für die Strafverfolger eine unvorstellbare psychische Belastung.

Die Auswertung des Materials mittels KI wäre daher ein erheblicher Gewinn für den Rechtsstaat und ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Kinderpornografie.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Drittens. Reformpolitik sehen wir auch im Justizvollzug. Nach dem Zellenbrand in der JVA Kleve haben wir eine Expertenkommission eingesetzt, die Optimierungsvorschläge für den Justizvollzug macht.

Zwar ist die Koordinierung der Vorschläge noch nicht endgültig abgeschlossen und läuft noch, aber indem wir vorsorglich 14 Millionen Euro in den Haushalt einstellen, senden wir das klare Signal, dass wir es mit unseren Reformbestrebungen ernst meinen und so schnell wie möglich mit der Umsetzung der Maßnahmen starten wollen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der Justizetat 2020 bringt unseren Gestaltungswillen klar zum Ausdruck: bessere Ausbildungsvoraussetzungen für den Nachwuchs, Digitalisierung zentraler Prozesse und Personalverstärkungen in allen Bereichen. Der Justizhaushalt ist ein Zukunftshaushalt.

Dies wollen wir als CDU-Fraktion auch im Rahmen der weiteren Haushaltsberatungen flankieren und die Errichtung eines sogenannten Childhood-Hauses unterstützen. Bei diesem Projekt, das mir persönlich sehr am Herzen liegt, handelt es sich um ein interdisziplinäres Zentrum für Kinder, die Opfer und Zeugen von Gewalt und Missbrauch geworden sind.

Der Teilaspekt, der die Justiz berührt, ist die Vernehmung der Kinder, die eine strafrechtliche Verfolgung der Täter gewährleisten soll. Maßgeblich dafür ist eine glaubhafte Aussage. Dank spezieller Videotechnik können diese Vernehmungen im Childhood-Haus in einem entsprechenden Strafprozess eingespielt werden und so gegebenenfalls eine erneute Vernehmung des Kindes im Prozess entbehrlich machen.

Gerade vor dem Hintergrund von Lügde und Bergisch Gladbach halten wir die Unterstützung dieses Projektes durch einen finanziellen Beitrag für die Vernehmungstechnik für ein wichtiges Signal und werden uns dafür einsetzen.

All diese Maßnahmen setzen wichtige Akzente für die zukünftige Ausrichtung der Rechtspolitik in unserem Land. Sie machen uns fit für das Jahr 2020. Ich bitte Sie daher um Ihre Zustimmung zum Einzelplan 04. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Erwin. – Nun spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Engstfeld.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorgelegte Haushalt im Bereich der Justiz wird den Anforderungen der Justiz nur teilweise gerecht.

Es werden zwar immer weiter Stellen geschaffen; die Stellen können aber nicht besetzt werden – sowohl bei den Gerichten als auch in den Justizvollzugsanstalten und in allen anderen Bereichen der Justiz.

Vor allen Dingen sind derzeit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überlastet. Es fehlt immer noch an geeignetem Personal. Die Entlastung der Justiz muss aber jetzt geschehen. Der Justizminister kann nicht immer weiter darauf warten, irgendwann doch noch genügend Personal für all die unbesetzten Stellen zu finden.

Entlastung muss ganz konkret zum Beispiel auch durch eine veränderte Prioritätensetzung geschehen. Die arbeitsüberlasteten Justizvollzugsanstalten, die Staatsanwaltschaften, die Gerichte können beispielsweise deutlich durch Entkriminalisierung entlastet werden.

Wir sollten nicht nur über Stellenpläne diskutieren, sondern wir sollten einmal darüber diskutieren, ob diese Entlastung nicht über Entkriminalisierung des Schwarzfahrens möglich ist und ob wir nicht endlich einmal die strafrechtliche Verfolgung von Menschen, die weggeschmissene Lebensmittel aus Mülltonnen retten, einstellen sollten.

Wie sieht es denn mit der Entkriminalisierung von Cannabis aus? – Wenn man diese Bereiche angeht, würde man die Gerichte, die Justiz und auch die Bediensteten in den Justizvollzugsanstalten erheblich entlasten.

Es wird viel über Opferschutz geredet, aber in diesem Haushalt – das muss ich konstatieren – lässt man die freie Straffälligenhilfe und die Projekte im Bereich der Täterarbeit mit ihrem Finanzierungsproblem immer noch allein; ein großes Manko in diesem Haushalt.

Neben den großen Herausforderungen für die Justiz gilt es auch, die Justiz personell bedarfsgerecht so auszustatten und angemessen zu finanzieren, dass es auch eine positive Wahrnehmung für die Justiz in der Öffentlichkeit gibt.

Da, Herr Justizminister, gibt es auch vonseiten der Landesregierung vielleicht die Möglichkeit, sich noch mehr zu engagieren, noch mehr Mittel bereitzustellen und sich persönlich noch einmal einzubringen, so dass das Ansehen unserer Justiz hier im Land Nordrhein-Westfalen verbessert wird. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Engstfeld. – Jetzt spricht Herr Mangen für die FDP-Fraktion.

Christian Mangen (FDP): Danke, Herr Präsident. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Rechtsstaat findet sich in der Justiz widergespiegelt. Ziel und Zweck der NRW-Koalition ist es, diesen besonders zu stärken, und die Justiz ist davon der wesentliche Teil.

Laut der letzten Forsa-Umfrage aus dem vergangenen Jahr fühlen sich 87 % der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen im öffentlichen Raum sicher. Die NRW-Koalition ist mit dem Versprechen angetreten, das Sicherheitsempfinden zu steigern und das Land sicherer zu machen. Ich denke, wir sind da auf einem sehr guten Wege.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Mit insgesamt über 1.600 neuen Stellen für die Justiz und den Justizvollzug – es wurde gerade schon gesagt – haben wir sowohl die Gerichte als auch die Staatsanwaltschaften gestärkt und die Justizvollzugsanstalten sicherer gemacht.

Ferner haben wir mit der vollständigen Einführung der elektronischen Akte in der Finanzgerichtsbarkeit den ersten von fünf Gerichtszweigen vollständig digitalisiert.

Des Weiteren haben wir eine Beauftragte für den Opferschutz als zentrale Anlaufstelle für Opfer von Straf- und Gewalttaten eingesetzt, und die neue Zentralstelle Terrorismusverfolgung NRW hat im April erfolgreich ihre Arbeit aufgenommen.

Außerdem haben wir das Projekt „Staatsanwalt vor Ort“ etabliert und die Bekämpfung der Clankriminalität deutlich verbessert. Die NRW-Koalition wird in diesem Bereich die Nulltoleranzstrategie konsequenter und weiter verfolgen.

Herr Kollege Engstfeld, es ist richtig, dass wir über Entkriminalisierung nachdenken können. Das müssen wir allerdings mit Bedacht und lediglich in Einzelfällen tun und nicht mit dem Rasenmäher über alle Straftatbestände hinweg. Die Zeit der weichen Welle, die es früher zu Ihrer Zeit gegeben hat, ist vorbei.

(Beifall von Arne Moritz [CDU])

Die NRW-Koalition wird sich nicht darauf ausruhen, denn an dem Ziel einer sicheren und personell gut ausgestatteten Justiz in Nordrhein-Westfalen halten wir klar fest.

Daher plant die NRW-Koalition für das kommende Haushaltsjahr über 5 % Mehrausgaben im Bereich der Justiz gegenüber dem Vorjahr, was überdurchschnittlich im Zusammenhang mit dem Gesamthaushalt ist – und das, ohne neue Schulden zu machen.

Frau Bongers, Sie können in diesem Zusammenhang in der Opposition gerne unbesetzte Stellen kritisieren und Lohnzuwächse fordern. Als Sie noch die Regierung waren, haben Sie dazu nichts unternom-

men. Die unbesetzten Stellen kommen unter anderem auch daher, dass es wenig geeigneten Nachwuchs gibt; daran arbeiten wir.

Sie haben doch zum Beispiel gesehen, dass wir eine Werbekampagne für die Justiz führen, die offensichtlich gut angenommen wird. Deswegen begegnen wir dem. Wir handeln und reden nicht nur.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Um die Justiz in diesem Land auch weiter zu stärken, werden wir einige Vorhaben umsetzen. Ich möchte daher gerne auf fünf Aspekte kurz eingehen:

Erstens. Um die Staatsanwaltschaften weiterhin personell zu stärken und die Arbeit zu beschleunigen, werden wir mehr als 300 Millionen Euro und somit mehr als 9 % gegenüber dem Vorjahr für die Staatsanwaltschaften ausgeben.

Bei der Generalstaatsanwaltschaft und den Staatsanwälten werden wir 28 neue Stellen schaffen, um die Verfahren zu beschleunigen und auch schneller Anklage erheben zu können.

Zweitens werden wir für die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte neben der Bereitstellung des Personals Sachmittel in Höhe von insgesamt 56,7 Millionen Euro bereitstellen, damit auch die anderen fünf Gerichtszweige vollständig digitalisiert werden können, denn das spart Zeit. Die Akten müssen dann nicht mehr durch die Flure der Gerichtsgebäude hin- und hergeschoben werden.

Drittens werden wir mit insgesamt über 825 Millionen Euro mehr als 6 % mehr in den Justizvollzug investieren. Neben Sachleistungen und Investitionen in die Einrichtungen können damit 124 neue Stellen geschaffen werden. Damit können auch die Angebote für die berufliche Bildung der Inhaftierten ausgeweitet werden, was bei der Rehabilitation sehr helfen wird.

Viertens. Mit über 30 Millionen Euro werden wir über 17 % mehr Geld in die Aus- und Fortbildung investieren und 20 neue Stellen im Bereich der Ausbildung in der Justizverwaltung schaffen, denn die Damen und Herren, die in den Aus- und Fortbildungseinheiten arbeiten, machen eine hervorragende Arbeit, und Unterstützung tut da not.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Freien Demokraten haben sich schon lange für die Digitalisierung eingesetzt, weshalb ich als letzten Punkt die Ausgabensteigerung von rund 23 % im Bereich „Sonstige Investitionen“ nennen will, denn davon werden wir über 72 Millionen Euro in die IT-Ausrüstung investieren, damit Justiz auch digital gut für die Zukunft aufgestellt ist.

Deshalb werbe ich um Zustimmung zu diesem Haushaltsplan der Justiz. – Vielen Dank und Glück auf!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Mangen. – Jetzt spricht für die AfD-Fraktion Herr Röckemann.

Thomas Röckemann (AfD): „Es hilft nicht, das Recht auf seiner Seite zu haben. Man muss auch mit der Justiz rechnen.“

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit diesem Zitat eines bekannten deutschen Kabarettisten wäre eigentlich schon das Wichtigste für den Einzelplan 04 des Haushaltsentwurfs 2020 gesagt, denn jedes Kind versteht, weshalb man eine funktionierende Justiz für einen funktionierenden Rechtsstaat benötigt. Da liegt einiges im Argen. Sehen wir uns einfach mal die Fakten an.

Die durchschnittliche Verfahrensdauer an den Landgerichten hat wie folgt zugenommen: im erstinstanzlichen Verfahren von 7,9 Monaten im Jahr 2010 auf 10,3 Monate im Jahr 2018, in der Berufung in 2009 von 5,8 Monaten auf 6,7 Monate im Jahr 2018.

Bei Strafverfahren sieht es bei Weitem nicht besser aus: Im erstinstanzlichen Strafverfahren hat die Verfahrensdauer von 7,9 Monaten im Jahr 2009 auf 8,2 Monate im Jahr 2018 zugenommen, die Verfahrensdauer im Berufungsverfahren von 4,1 Monaten in 2010 auf 5,1 Monate im Jahr 2018. Dies ist insbesondere für die Opfer eine Zumutung.

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Insgesamt klafft also eine erschreckende Lücke von knapp 350 Vollzeitrichterstellen bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit.

Wie sieht es bei den Verwaltungsgerichten aus? – Wegen Ihrer Politik der offenen Grenzen ächzt diese Gerichtsbarkeit unter den anhängigen Asylverfahren; das ist kein Geheimnis. Gerade deshalb hat auch hier die Verfahrensdauer in Haupt- und Eilsachen erkennbar zugenommen.

Dieses Problem soll nun durch Abordnungen gelöst werden, und das ist der Anfang vom Ende und reine Augenauswischerei. Fragen Sie doch einmal die Richter, ob sie in ihren Stammdienststellen nicht auch dringend benötigt werden. Hier werden nicht die Probleme bekämpft, sondern lediglich die Symptome.

Zu alledem kommen nur noch Abordnungen an den Verfassungsgerichtshof aufgrund der seit diesem Jahr eingeführten Individualverfassungsbeschwerden. Wir haben schon damals im Rechtsausschuss darauf hingewiesen, dass der veranschlagte Personal- und Mitteleinsatz nicht ausreichend sein wird,

von der nicht ausreichenden räumlichen Situation ganz zu schweigen.

Ähnlich trübe sieht es bei den Staatsanwaltschaften aus. Dort ist seit Jahren eine Zunahme an Verfahrenseingängen zu verzeichnen. Die durchschnittliche Dauer der Ermittlungsverfahren hat auch dort zugenommen.

In der Folge reichen die von Ihnen im Haushalt vorgesehenen Stellen natürlich vorn und hinten nicht. Warum? – Die potenziellen Kandidaten nehmen doch lieber Positionen in der Wirtschaft an. Dort verdienen sie zum einen auskömmlicher und müssen sich nicht die engen Dienstzimmer mit ihren Kollegen teilen.

Meine Damen und Herren Kollegen, kommen wir zur nächsten großen Baustelle im Einzelplan 04, dem Justizvollzug; der ist mit besonderen Problemen ausgestattet.

Die Zunahme von nichtdeutschen Gefangenen ist allen bekannt und stellt neue Anforderungen an unsere Justizvollzugsbeamten. Es gibt nicht nur sprachliche Barrieren, religiöse Barrieren – da gibt es noch andere Sachen.

Die Justizvollzugsbeamten stellen mit ihrer Arbeit das Rückgrat unserer Justiz dar. Wir als AfD wissen inzwischen – Sie als Altparteiern müssten es schon länger wissen –, dass in den nächsten Jahren viele lebensältere Bedienstete in den Ruhestand gehen werden.

Schon jetzt dringt aus dem Vollzugsdienst, dass unterhalb des Ersatzbedarfs ausgebildet und diese Problematik in den nächsten Jahren deutlich zunehmen wird.

Deshalb müssen wir hier ansetzen und eine hohe Anzahl an Beamten im Vorbereitungsdienst sicherstellen, was kaum gelingen wird bei der geradezu schäbigen Besoldung.

Ich wage die Prognose, dass es Ihnen nicht gelingen wird, die von Ihnen geschaffenen Planstellen mit Leben zu erfüllen. Damit stehe ich auch nicht ganz allein; das sehen andere auch so.

Schieben Sie lieber Leute ab, die hier nichts zu suchen haben und die Haftanstalten füllen.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Dann würden Sie nicht nur das vorhandene Personal entlasten. Aber dazu fehlt Ihnen leider der Mumm.

Dann greifen Sie vielleicht auf Ideen wie von den Grünen zurück. Wir werden alles entkriminalisieren: Schwarzfahren, Rauschgiftkonsum, Diebstahl. Das wird alles entkriminalisiert. Die Bürger werden dann diesen Verfahren, diesen Taten ausgesetzt.

(Zuruf von Dietmar Bell [SPD])

Ich gebe Ihnen mal was mit. Vielleicht entkriminalisieren Sie – das ist vielleicht nicht ganz technisch – Ordnungswidrigkeitenverfahren. Lassen Sie doch Schnelfahren und Falschparken einfach mal wegfallen, sparen Sie da Ihr Personal.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

– Ja, hat mit Justiz nicht so viel zu tun, aber spart nichtsdestotrotz. Auch Ihnen fehlt es hier natürlich neben Geld und Sachverstand wie immer an Mannstärke zur Umsetzung.

Ich ende mit Theodor Fontane aus „Die Brück' am Tay“:

„Tand, Tand
Ist das Gebilde von Menschenhand.“

Genau wie Ihr Haushalt. Wir stimmen deshalb dagegen. – Auf Wiedersehen.

(Beifall von der AfD – Ralf Jäger [SPD]: Warum reden Sie mit uns?)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Rückemann. – Jetzt spricht Herr Minister Biesenbach.

Peter Biesenbach^{*)}, Minister der Justiz: Liebe Kolleginnen, liebe und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Wenn ich jetzt einmal die Ausführungen der versammelten Opposition für mich werte, dann

(Michael Hübner [SPD]: Sage ich nichts!)

danke ich allen, denn ich empfinde das, was Sie zu kritisieren hatten, als großes Kompliment für diesen Haushalt.

(Michael Hübner [SPD]: Das ist ja wie heute Morgen! Das war auch immer ein großes Kompliment!)

– Es ist völlig richtig, Herr Hübner. Wenn ich höre, dass die Sprecherin Ihrer Partei mir zutraut, das zu schaffen, was wir uns vorgenommen haben, sage ich dafür vielen Dank. Es entspricht im Übrigen auch der Auffassung der regierungstragenden Fraktionen.

(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Wenn ich dann weiter höre, dass Sie den größten Kritikpunkt darin sehen, dass wir beachtlich viele Stellen nicht besetzt haben, dann ist das aber ein Kompliment dafür, dass wir die Stellen überhaupt haben.

Herr Wolf, Sie riefen gerade: Wir haben immer besetzt. – Ja, klar. Vergleichen Sie mal die Zahlen. Ein Dutzend Stellen haben wir auch schnell besetzt. Nur reden wir von völlig anderen Zahlen.

Meine Damen und Herren, wir hätten unsere Stellen auch längst besetzt, wenn wir die Anforderungen senken würden. Das werden wir nicht tun. Die nordrhein-westfälische Justiz hat einen qualitativ guten Ruf – nicht nur zu verteidigen, sondern auch aufrechtzuerhalten. Wir werden daher nicht die Einstellungsvoraussetzungen mindern, nur damit wir die Stellen schneller besetzen können. Wir werden versuchen – und das dauert ein wenig länger –, die qualitativ hochwertigen Damen und Herren zu finden und für uns zu gewinnen, die die Stellen dann besetzen können.

Wenn Sie sagen: „Das ist uns alles zu wenig“, dann fragen Sie doch einfach mal die Betroffenen, die es angeht. Der Deutsche Richterbund ist anderer Auffassung. Die Bediensteten im Strafvollzug sind auch anderer Auffassung und sagen: Es gelingt uns doch, gute und viele neue Kräfte zu bekommen.

Zu den Punkten, die Sie hier als Kritik anmelden: einverstanden, richtig. Aber wenn das alles ist, was Sie zu kritisieren haben, dann sage ich: Die Koalition macht gerade in der Rechtspolitik zurzeit einen richtig guten Job. – Dafür herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Sie haben recht, dass uns das Personal natürlich wichtig ist. Deswegen stocken wir die in den ersten beiden Jahren der Legislaturperiode ...

(Zuruf)

– Es sollte bitte nur jemand heftig maulen, der auch in der Sache steckt. Es hilft uns überhaupt nicht, wenn wir jetzt ganz viele Protestler haben, die noch nie an einer justizpolitischen Diskussion teilgenommen haben. Die sollten sich vielleicht fragen, ob sie qualitativ etwas beitragen können. Hier nur rumzukrähen, ist kein Weg, um uns beurteilen zu können. Ich finde, das sollten wir wirklich nicht tun.

Deswegen stocken wir die in den ersten beiden Jahren unserer Regierungszeit zusätzlich geschaffenen 1.635 Planstellen im nächsten Jahr noch einmal auf. 292 zusätzliche Planstellen und Stellen sowie die Verlängerung von insgesamt 224 kw-Vermerken setzen ein deutliches Signal,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

dass diese Landesregierung etwas für eine stärkere und effizientere Justiz tut.

Wir schaffen gerade zwei neue Ausbildungsstellen, eine in Hamm und eine in Essen, damit der Nachwuchs eingestellt werden kann, den wir – ganz simpel – brauchen. Ich sage noch einmal: Das ist die notwendige Vorsorge, um das hinzukriegen.

Das hören Sie jetzt sicher nicht gern, aber: Wenn wir im Justizvollzug manches nachzuholen haben, dann arbeiten wir einfach die Versäumnisse auf, die aus

der Zeit vor unserer Regierungsverantwortung stammen.

(Thomas Kutschaty [SPD] schüttelt den Kopf.)

– Herr Kutschaty, Sie schütteln gerade den Kopf. Sie haben beispielsweise die Hoffnung gehabt, die Zahl der Strafgefangenen würde sinken. Deswegen haben Sie Kapazitäten im Strafvollzug abgebaut. Wäre die Annahme eingetreten, würde ich Ihnen zustimmen. Leider ist es andersherum. Wir haben nach wie vor eine Zunahme von mindestens 1 % pro Jahr. Das macht deutlich: Wir haben Not bei den Bauten, wir haben Not beim Personal, und wir haben auch Not in der Zusammensetzung der Gefangenen.

Die Herausforderungen sind deutlich anders geworden. Das macht der Bericht deutlich. Wir werden an all diesen Dingen etwas tun. Die Konzepte haben wir Ihnen bereits vorgestellt. Da bin ich allerdings den Damen und Herren der Opposition dankbar. Sie haben nämlich immer dann mitgemacht, wenn sie es für gescheit hielten. Das waren manche Stellen.

Heute haben Sie die Pflicht, Opposition zu sein. Das ist okay. Bleiben Sie so, wie Sie im Ausschuss still gesagt haben: Es geht, das machen wir mit, auch wenn wir pflichtgemäß dagegen sein müssen. – Dann werden wir weiterhin eine gute Arbeit machen.

Seien Sie sicher, die regierungstragenden Fraktionen wissen, was wir tun. Ich bin sicher, dass wir da die Unterstützung bekommen, um unsere Politik umzusetzen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Biesenbach. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Wir haben jetzt drei Abstimmungen vor uns.

Erstens stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD mit der Drucksachennummer 17/7983 ab. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? – Die AfD-Fraktion und Herr Neppe, fraktionslos. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, FDP und Grüne stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Das sehe ich nicht. Damit ist dieser **Änderungsantrag Drucksache 17/7983** mit breiter Mehrheit im Hohen Haus **abgelehnt**.

Zweitens stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD mit der Drucksachennummer 17/7984 ab. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Die AfD-Fraktion und Herr Neppe, fraktionslos. Wer stimmt dagegen? – Alle übrigen Fraktionen sind dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Niemand enthält sich. Damit ist auch der **Änderungsantrag Drucksache 17/7984** mit breiter Mehrheit im Hohen Haus **abgelehnt**.

Drittens stimmen wir über den Einzelplan 04 ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/8004, den Einzelplan unverändert anzunehmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan. Wer stimmt dem zu? – CDU und FDP stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne, AfD und Herr Neppe, fraktionslos, stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Die gibt es nicht. Damit ist der Haushalt des Justizministeriums im **Einzelplan 04 in zweiter Lesung** mit Mehrheit **angenommen**.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich rufe auf:

**Einzelplan 14
Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie**

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8014

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses in Drucksache 17/8014 hin. Wir haben in drei Abschnitten zu debattieren.

Ich rufe nun den ersten Teilbereich auf:

a) Wirtschaft

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Sundermann das Wort.

Frank Sundermann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir auf den Haushalt des Einzelplans 14 schauen, schauen wir natürlich auch auf die Wirtschaft in unserem Land und stellen fest, dass wir uns aktuell in Nordrhein-Westfalen in einer Seitwärtsbewegung befinden. Wir haben im Prinzip kaum Wachstum in der Gesamtwirtschaft. Die Industrie hingegen befindet sich in einer Rezession. Das müssen wir leider gemeinsam feststellen.

Der Minister und auch die Kollegen von CDU und FDP definieren sich ja immer ein wenig darüber, wie der Abstand zum Bund ist. Früher hatte der Bund 2,5 % Wachstum, wir hatten 1,7 %. Das waren 0,8 % Unterschied. Jetzt haben wir 0,3 %, der Bund hat 0,4 %, Unterschied 0,1 %. Das ist natürlich nur Mathematik. Wenn andere Bundesländer Probleme haben, sinkt natürlich das Wachstum insgesamt im Bund.

Die Frage ist natürlich auch, ob dieser Abstand etwas mit der Stärke Nordrhein-Westfalens oder eher mit der Schwäche anderer Bundesländer zu tun hat.

Wenn man schaut, wie es aktuell in Baden-Württemberg aussieht, dann findet man darauf sicherlich eine Antwort.

Die Baden-Württemberger haben im Moment große Probleme mit der Automobilindustrie. Es stellt sich die Frage, wie wir hier in Nordrhein-Westfalen mit dieser Problemstellung umgehen. Haben wir einen strategischen Ansatz, wie wir damit umgehen wollen?

Wir werden sicherlich gleich noch hören, dass es in diesem Bereich Einzelmaßnahmen gibt. Einen strategischen Ansatz gibt es aber nicht. Der Minister hat dem Ausschuss am 30. September einen solchen strategischen Ansatz angekündigt; weiter sind wir da noch nicht. Aus unserer Sicht ist einiges dort liegen gelassen worden.

Meine Damen und Herren, die Frage ist, was das Wachstum in Nordrhein-Westfalen aktuell stützt. Es sind die Dienstleistungen, der Konsum. Es ist aber auch und vor allem die Baubranche, die aktuell das Wachstum in Nordrhein-Westfalen stützt.

Schaut man allerdings auf den ifo-Index, dann sieht man, dass die Erwartungen der nordrhein-westfälischen Bauindustrie deutlich schlechter sind als die Erwartungen der Bauindustrie im Bund. Dann muss man natürlich überlegen, was das Land machen kann.

Ja, Sie geben das Geld, das Sie mehr haben, aus. Wir sagen Ihnen aber auch, dass das zu wenig ist. Es reicht nicht. Wir müssen aktuell mit Investitionen in die Infrastruktur klotzen, nicht kleckern. Die schwarze Null gehört an dieser Stelle nicht auf dem Prüfstand, sondern abgeschafft.

(Beifall von der SPD)

Sie haben an dieser Stelle eine Blaupause: Wir haben die Niedrigzinsphase genutzt – „Gute Schule 2020“, Investitionen in die Schulinfrastruktur –, machen Sie das an anderen Stellen auch. Stärken Sie die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen, und tun Sie auch etwas für die Menschen in Nordrhein-Westfalen!

Was gefährdet denn das Wachstum in Nordrhein-Westfalen? Eine Gefahr nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern auch für den Bund sind sicherlich die außenwirtschaftlichen Problemstellungen.

Aus aktuellem Anlass möchte ich noch einmal auf den Brexit zu sprechen kommen. Das ist – das möchte ich gerne vorwegschicken – keine grundlegende Kritik am Ministerium, auch nicht am Minister und schon gar nicht an seinen Abteilungen, die für die Außenwirtschaft tätig sind.

Es ist vielmehr eine organisatorische Fragestellung und ein Thema der Landesregierung, wie man das organisiert. Sie haben sich entschieden, dies mit einem Brexit-Beauftragten zu machen. Natürlich kann